

Berliner EVG will politische Kontakte ausbauen

Die Berliner EVG will den Kontakt in die Landes-, aber auch die Bundespolitik stärker ausbauen. Das kündigte der Vorsitzende und die beiden Stellvertreter des OV unserer Gewerkschaft in der Hauptstadt, Michael Bartl, Susanne Kielkowski und Robert Seifert an.



„Wir müssen das Gespräch suchen, finden und führen“, bekräftigten sie. Denn viele Entscheidungen, die die Mitglieder der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft betreffen, „finden längst nicht mehr nur in den jeweiligen Unternehmen, sondern vor allem auch in der Politik statt“, so Michael Bartl.

Dazu zähle der Wettbewerb auf der Schiene. „Da steht für uns natürlich die Ausschreibung der S-Bahn an oberster Stelle“, so Robert Seifert. Es dürfe nicht zu einer Zerschlagung des Unternehmens oder Abtrennung einzelner Bereiche kommen. Der neu gebildete Senat stehe hier in der Pflicht. Neben einem Schreiben mit Glückwünschen zur Mandatsübernahme und einem Gesprächsangebot Mitte Dezember 21 geht es nun um eine konkrete Zusammenarbeit und um einen Meinungsaustausch. Dabei spielen Themen wie

z.B. gerechte Löhne und Sozialbedingungen, auf die gerade die Landesregierung Einfluss nehmen könne, eine Rolle. Hierüber werde es am Rande des Gewerkschaftsrates eine Unterredung mit der neuen Sozialsenatorin Katja Kipping geben. Weitere Terminabstimmungen gibt es mit dem Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Mit diesem findet ein erstes Gespräch am 24.01.2022 statt.

Doch auch die Bundespolitik sei Ziel mancher EVG-Aktionen. So will unsere Gewerkschaft den Berliner Abgeordneten im neuen Bundestag noch einmal die Vorteile eines integrierten Bahn-Konzerns deutlich machen. Eine Zerschlagung müsse verhindert werden. „Es geht um gut 20.000 Kolleginnen und Kollegen in der Hauptstadt, von denen viele in sogenannten Overhead-Funktionen arbeiten“, betont Susanne Kielkowski. Hier würden zahlreiche nötige administrative Leistungen erbracht. Diese seien für das gesamte Bahnsystem nötig. Und genau das wolle die EVG den Bundestagsabgeordneten noch einmal klarmachen. Dazu gab es Anfang November ein Schreiben an die Abgeordneten der SPD, der FDP und der Grünen. Jetzt geht es um einen ständigen Meinungsaustausch. „Wir setzen hier als Team an und werden im Vorstand Prioritäten setzen, wer wann mit wem spricht“, sagt Bartl. Und er ist sich sicher: „2022 wird ein arbeitsreiches Jahr“.